Zeitschrift: Werdenberger Jahrbuch : Beiträge zu Geschichte und Kultur der Gemeinden Wartau, Sevelen, Buchs, Grabs, Gams und Sennwald

Herausgeber: Historischer Verein der Region Werdenberg

Band: 12 (1999)

Artikel: Liechtenstein in schwieriger Zeit

Autor: Reich, Hans Jakob / Geiger, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-893309

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Liechtenstein in schwieriger Zeit

Umfassende Darstellung der Krisenzeit im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges

Hans Jakob Reich, Salez

Krisenzeit – Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928–1939»[1] ist der Titel eines Ende 1997 erschienenen zweibändigen Werkes. Der Historiker Peter Geiger legt darin den ersten Teil der Ergebnisse seiner 1987 begonnenen Forschungstätigkeit über die Zeit der Weltwirtschaftskrise und des Zweiten Weltkrieges in Liechtenstein vor. Es handelt sich um die erste systematische Untersuchung und Darstellung dieses lange Zeit in vielem tabuisierten Abschnittes liechtensteinischer Zeitgeschichte.

Nur gerade knapp 10 000 Einwohner zählte das Fürstentum Liechtenstein im Jahr 1930, zu Beginn der grossen Wirtschaftskrise, die das Land vor allem in den Jahren 1933 bis 1936 schwer traf. Seit dem Untergang der Donaumonarchie und der Hinwendung zur Schweiz waren erst rund 15 Jahre vergangen. Etwa 38 Prozent der Erwerbstätigen lebten mehr schlecht als recht von der Landwirtschaft (in der Schweiz schon damals nur noch 19,9 Prozent); die meisten Bauerngüter waren Kleinbetriebe von ungenügender Betriebsgrösse. 1927 war das Land von der Rheinüberschwemmung schwer heimgesucht worden. Einen weiteren massiven Rückschlag brachte der 1928 aufgeflogene Sparkassa-Skandal mit seinen schwerwiegenden wirtschaftlichen, besonders aber auch politischen Auswirkungen.

Heimatdienst-Demonstration vom 9. Dezember 1934 vor dem Regierungsgebäude in Vaduz. Der der schweizerischen Frontistenbewegung nahestehende antisemitische Liechtensteinische Heimatdienst strebte die Ablösung der Parteienregierung durch eine Ständevolksregierung an.

Wissensfundament

Eine Analyse der Bevölkerungsentwicklung in den zwanziger und dreissiger Jahren und eine ausführliche Darstellung der Neuorientierung nach dem Ersten Weltkrieg, der volkswirtschaftlichen Verhältnisse, der Sparkassa-Affäre und des ihr folgenden politischen Machtwechsels sowie des Verlaufs und der Auswirkungen der Wirtschaftskrise bilden das Wissensfundament, das Peter Geiger am Anfang seines zweibändigen Werkes vermittelt – das Fundament, das nötig ist, um die politischen Entwicklungen und Geschehnisse in den Jahren vor und während des Zweiten Weltkrieges, in denen Liechtenstein von aussen und von innen vom Nationalsozialismus bedroht war, nachvollziehen zu können.

Zutiefst ratlos und orientierungslos

Ein paar Zitate aus dem ersten Band müssen hier als Einblick in die Stimmung im Land genügen: «… nach kurzem Aufatmen um 1930 und 1931 traf die Wirtschaftskrise in Liechtenstein auf eine bereits demoralisierte Gesellschaft. Vorerst hegte man noch die Erwartung, ein neuer Aufschwung möchte nach einem oder zwei schlechten Jahren folgen. Sie wich bald der Aussichtslosigkeit und schlug in Niedergeschlagenheit um. Die wirtschaftliche Repression führte indes keineswegs zu einer fatalistischen Haltung. Man regte sich,

1 PETER GEIGER, *Krisenzeit. Liechtenstein in den Dreissigerjahren 1928–1939*. 2 Bände. Vaduz 1997. Verlag des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Vaduz/Chronos Verlag, Zürich. 585 bzw. 778 Seiten.

suchte sich selber zu helfen, zu wehren vorab. Trotz Appellen an die Solidarität in der Not überwog dabei der Schutz der Eigen- und Gruppeninteressen, die Abwehr von Ansprüchen anderer. Not förderte den Sozialneid. Verbissener Verteilungskampf – um Arbeit, um Aufträge, um Anstellung im öffentlichen Dienst oder etwa bei der Post – bestimmte das soziale und politische Klima. Unzufriedenheit und Ungeduld verbreiteten sich. Das System wollten etliche ändern, vorab Jüngere, etwa durch Wechsel zum berufsständischen, autoritären Staat, wie der 'Liechtensteinische Heimatdienst' ihn propagierte. Manche wandten ihre Hoffnung der Wirtschaft des neuen Deutschland zu. Selektive Wahrnehmung setzte Arbeit und Brot oft über Recht und Menschlichkeit. Ältere wiederum, wie der Abgeordnete und Regierungsrat Peter Büchel aus Mauren, mahnten zur Umkehr, man müsse die Ansprüche verringern, weniger Feste und Gasthäuser besuchen und die Jungen sparen lehren: 'Wir müssen wieder zurück zur alten Einschränkung, Einfachheit und Sparsamkeit.' Der Blick begrenzte sich vermehrt auf den kleinen persönlichen und lokalen Bereich. Wirtschaftliche Bedrängnis zog geistige Enge nach sich. Beides spiegelte sich auch im politischen Kampf. Im Grunde war man zutiefst ratlos und orientierungslos. Das galt bei vielen auch im Bereich der ethischen und moralischen Werte und der Religion. Andererseits bot in der Krise gerade religiöse Verwurzelung wiederum Halt und Resistenz gegen die totalitäre Versuchung. Die Orientierungs- und Sinnkrise war freilich schon mit dem Ersten Weltkrieg und dem daraus folgenden Wandel auch in der liechtensteinischen Gesellschaft virulent geworden, die Depression vertiefte sie noch. Verbreitet war über diese Jahre hin das Bewusstsein, in einer Totalkrise zu leben, in einer 'schweren Zeit', aus der kaum herauszukommen und in der das Bisherige nicht mehr wirksam, 'Erneuerung' notwendig sei.»[2]

Langjährige Forschungsarbeit

Das vorliegende Werk ist als Forschungsauftrag am Liechtenstein-Institut, Bendern, entstanden und wurde vom Schweizerischen Nationalfonds und vom Historischen Verein für das Fürstentum Liechtenstein gefördert. Der Historiker Dr. Peter Geiger von Oberegg AI, wohnhaft in Schaan, hat das Projekt 1987 als Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut in Arbeit genommen. In den beiden Bänden stellt er den Zeitabschnitt der Krisenjahre von 1928 bis 1939 dar; die Ergebnisse seiner Forschungsarbeit über die Jahre des Zweiten Weltkrieges werden in einer späteren Publikation folgen.

Im ersten Band (585 Seiten) behandelt der Autor nebst der oben erwähnten demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation des Landes die Wirkungen der Wirtschaftskrise und die Massnahmen zu deren Linderung, die Verteilungskämpfe der Parteien, das Hereinschwappen von Nationalsozialismus und Antisemitismus, die Erneuerungsbewegung «Liechtensteinischer Heimatdienst» und die Entstehung der «Vaterländischen Union» sowie die Gesetzgebung in den dreissiger Jahren und die Rolle des Fürsten und des Fürstenhau-

Das Kurhaus Gaflei (vor 1930), wo am 5. April 1933 die Rotter überfallen wurden. Am Tisch hinten (mit Hosenträgern) der als Täter am Überfall beteiligte Hotelier Rudolf Schädler.

ses. Der zweite Band (578 Seiten) befasst sich mit der Aussenpolitik, der Märzkrise 1938, mit den Plänen zum Anschluss an Hitler-Deutschland, mit Hitlers Haltung zu Liechtenstein, mit der Notkoalition der Parteien und der einheimischen nationalsozialistischen «Volksdeutschen Bewegung», mit dem Thronwechsel von 1938, den militärischen Bemühungen der Schweiz um Liechtenstein, dem gescheiterten Ellhorn-Handel und der daraus folgenden schweizerischen Verstimmung, sodann mit dem Berlin-Besuch des Fürsten, dem Anschlussputsch von 1939 und der patriotischen Reaktion, weiter mit der Einbürgerungs- und Flüchtlingspolitik und mit der Stimmung vor dem Kriegsausbruch. Abgeschlossen wird der Band mit einer umfangreichen Bibliographie und einem sehr hilfreichen Namenregister.

Beispielhafte Darstellung

Der breite Zugang, den das auf intensivem Quellenstudium und Interviews mit Zeitzeugen basierende Werk gewährt, die eingehende und detaillierte Darstellung der Verhältnisse und Geschehnisse und deren sorgfältige Interpretation sind beispielhaft dafür, wie der Umgang mit einem äusserst schwierigen Abschnitt der Zeitgeschichte einem breiten Publikum erleichtert werden kann. Gerade im kleinen Liechtenstein, wo jeder jeden kennt, blieb vieles aus der Zeit vor und während des Zweiten Weltkrieges tabuisiert. Das Bestreben, «Gras über der Sache wachsen zu lassen», ist – wenn auch nicht zu entschuldigen – als Weiterlebensstrategie verständlich. Dass solche Haltung aber zu späteren, die komplexen Zusammenhänge und die zeitbedingten Verhältnisse wenig beachtenden «Aufdeckungen» und zu Schuldzuweisungen führen kann, ist in jüngster Zeit auch in der Schweiz schmerzlich zu erfahren.

«Niemand zuleid, aber auch niemand zulieb»

Reisserisches Aufdecken ist Peter Geigers Sache nicht – er will das, was war und geschah, in seinen Zusammenhängen offen darlegen und erklären. Sein Werk erfüllt damit sowohl wissenschaftliche als auch hohe menschlich-ethische Ansprüche. Er selber formuliert sie im Vorwort so:

«Der Gegenstand ist wissenschaftlich behandelt. Wissenschaftlich heisst hier mehreres. Vorgefasste Annahmen sind abzustreifen. Alle Aussagen sind quellenmässig belegt und nachprüfbar. Die Quellen selber sind kritisch ausgewertet, in die damalige Relation gestellt, mit andern Quellen verglichen. Mündliche Zeitzeugenaussagen sind auf Übereinstimmung mit Schriftquellen und auf ihre Glaubwürdigkeit geprüft. Fragen, die sich nicht beantworten lassen, werden offen gelassen. Fakten sind klar dargelegt, nicht bloss angedeutet.

Personen, welche geschichtlich relevant auftraten, sind im Buch mit Namen genannt. Dies ist in den kleinräumlichen Verhältnissen auch nötig, um Vermutungen und Verwechslungen vorzubeugen. Man wird den Personen nicht gerechter, indem man ihr Tun und Reden verschweigt. Auch sind Heutige nicht mehr Damalige. Wenn die Vergangenheit Gegenstand offener, sachlicher Erörterung – nicht heutiger Schuldzuweisung – wird, verlieren die zeitgeschichtlichen Tabus ihre magische Wirkung.

Was ist die Aufgabe des Verfassers als Historiker? Er will nichts als die geschichtliche Wahrheit ergründen, erkennen, erklären. Der Verfasser dieses Buches – selber Schweizer, im Lande aufgewachsen – ist niemandem verpflichtet. Er will nicht beschönigen, nicht herabmindern, nichts verschweigen. Heisse Eisen muss er anfassen; umschmieden darf er sie nicht. Er sucht die Vorgänge aus ihren Zusammenhängen zu verstehen, die damals Handelnden aus ihren Motiven. Alles begreifen heisst nicht, alles zu entschuldigen.

Der Verfasser strebt Objektivität an; diese kann denn auch nicht einfach gleiche, neutrale Distanz zwischen verschiedenen Positionen bedeuten, sondern sie orientiert sich allein an der geschichtlichen Wirklichkeit. Grundsätzen, wie sie Edgar Bonjour, der Altmeister der Zeitgeschichtsforschung, formuliert hat, fühlt sich der Verfasser dieses Buches verpflichtet, nämlich 'niemand zuleid, aber auch niemand zulieb' sowie 'in völliger Strenge gegen sich selbst' zu forschen und zu schreiben.»[3]

Leseprobe aus «Krisenzeit»: Die Rotter-Affäre

Peter Geiger, Schaan[4]

Im Jahre 1933 schwappte eine erste Welle nationalsozialistischen Denkens und Handelns nach Liechtenstein herein und überschlug sich in der «Rotter-Affäre». Diese war ein politischer Kriminalfall, in dessen Verlauf zwei Menschen in Liechtenstein zu Tode kamen und das Land in internationales Zwielicht und unter Druck der neuen nationalsozialistischen Machthaber in Deutschland geriet. Der Fall, der bisher nur verkürzt und in manchem unzutreffend dargestellt wurde und um den auch falsche Gerüchte ranken, wird im folgenden ausführlich und mit den Hintergründen dargestellt.

Einbürgerung der Brüder Schaie alias Rotter

1931 waren die Brüder Alfred und Fritz Schaie in Liechtenstein in der Gemeinde Mauren eingebürgert worden. Sie waren Juden, Besitzer einer Reihe von Theatern in Berlin und nannten sich mit Künstlernamen Rotter. In ihrem Haus in Berlin hatten Spitzen der Gesellschaft, unter anderem Staatsminister Otto Meissner und General Schleicher, verkehrt. Die Rotter-Theater gerieten in die Krise und unter antisemitischen Druck, schliesslich in Konkurs; in Berlin warf man ihnen vor, er sei betrügerisch erfolgt. Ab dem Januar 1933 logierten sie in Vaduz, im «Waldhotel». Die Berliner Justiz interessierte sich für sie, mehr noch die deutsche Presse.

Seit 1932 richtete sich nämlich von Deutschland und Österreich aus eine Pressekampagne gegen Liechtenstein. Ende 1932 und in den ersten Monaten 1933 nahm sie an Heftigkeit zu. Sie wurde von der neuen Reichsregierung nach Hitlers Machtergreifung Ende Januar 1933 bewusst geschürt. Liechtenstein wurde wegen seiner Holdinggesellschaften und Einbürgerungen angegriffen, als «Verschiebe-Bahnhof

2 Band 1, S. 178f.

3 Band 1, S. 16f.

4 Die hier wiedergegebene Darstellung der «Rotter-Affäre» findet sich in Band 1, S. 342ff. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Erlaubnis des Autors und des Verlags des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein. Die Zwischentitel sind von der Redaktion eingefügt. Weggelassen sind die zahlreichen Anmerkungen, in denen der Autor im Buch seine Darstellung bis ins Detail quellenmässig belegt. Als Quellen dienten ihm die Gerichts- und Polizeiakten, Archivakten in Berlin sowie damalige Zeitungsberichte; im weiteren hat er zwei der vier liechtensteinischen Täter als Zeitzeugen eingehend befragt.

Europas», «Zaunkönigreich», «Verbrecherasyl», «Raubstaat» und «Hehlerhöhle» bezeichnet; es entziehe Europa Milliarden an Steuerfluchtgeldern und gewähre Leuten wie den Rotter Schutz vor dem Richter; Liechtenstein müsse der Schweiz angeschlossen oder dem Völkerbund unterstellt werden.

Pressekampagne fordert politisches Opfer

Ab den ersten Februartagen 1933, direkt nach Hitlers Machtergreifung, schossen sich die deutschen Blätter in grosser Aufmachung auf die Brüder Rotter – als Juden und angebliche Konkursverbrecher – sowie auf Liechtenstein als ihr Aufnahmeland ein. Weitere ausländische Zeitungen stimmten ein. Die deutsche Presse empörte sich darüber, dass Liechtenstein die Rotter nicht an Deutschland ausliefere. Die Regierung stellte – ohne Erfolg – in Zusendungen an die ausländische Presse richtig, dass die Rotter rechtens und aufgrund günstiger Leumundsberichte der Berliner Polizei eingebürgert worden und dass von seiten der deutschen Behörden kein Antrag auf Strafverfolgung gestellt sei.

Die Kampagne forderte vorerst ein politisches Opfer. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Ludwig Marxer, der die Einbürgerung der Rotter in Mauren als Rechtsanwalt betreut hatte, geriet unter Beschuss vom In- und Ausland. Vertreter des oberen, oppositionellen Arbeiterverbandes reichten Mitte Februar eine Volksinitiative ein, welche die Unvereinbarkeit der Tätigkeit eines Rechtsanwaltes und Rechtsvertreters mit dem Amt eines Regierungsmitglieds oder des Landtagspräsidenten festschreiben wollte. Zwar zogen sie die Initiative wieder zurück, aber Ludwig Marxer trat angesichts der wachsenden innen- und aussenpolitischen Anfechtungen am 20. März 1933 aus der Regierung zurück, Pfarrer Anton Frommelt rückte am 30. Mai nach.

Die Idee einer Entführung der Rotter aus Liechtenstein kam schon Anfang 1933 auf. Im Februar 1933 bot sich ein Deutscher aus Magdeburg bei der liechtensteinischen Regierung dazu an, gegen Spesen und Kopfgeld. Schliesslich taten sich vier nationalsozialistisch ausgerichtete Liechtensteiner – Rudolf Schädler, Franz Roeckle, Peter Rheinberger und Eugen Frommelt – im März 1933 zusammen und planten die Entführung. Roeckle und Schädler hatten nach Hitlers Machtergreifung vor, in Liechtenstein im Frühling eine «Nationale Bewegung» zu gründen. Dazu sollte die Rotter-Entführung als «nationale Tat» den fulminanten Auftakt bilden und der neuen Bewegung sogleich gute Beziehungen zum nationalsozialistischen Deutschland schaffen.

Nazi-Laufbahn

Der 53jährige Franz Roeckle aus Vaduz war der ideologische Mentor der Gruppe. Er lebte seit seinem 17. Lebensjahr im Ausland, hatte in Stuttgart Architektur studiert und war seit der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg erfolgreich als Architekt in Frankfurt a. M. tätig. 1913 hatte er, um eine geschiedene Protestantin heiraten zu können, das preussische Staatsbürgerrecht angenommen, das liechtensteinische annullierte ihm Landesverweser In der Maur darauf wegen der Heirat. Deutscher Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg, ausgezeichnet, zum Offizier befördert und verwundet, ab 1923 Gönner der NSDAP und 1932 Mitglied der NSDAP in Frankfurt: Bei dieser klassischen Laufbahn vom Frontkämpfer zum Nationalsozialisten verwundert nicht, dass Roeckle nur Verachtung übrig hatte für die Demokratie, für das liechtensteinische System und für die neuen liechtensteinischen «Papierbürger»; nicht «papierne Rechte», sondern «Rasse und Blut» waren ihm entscheidend, Liechtenstein sollte nach deutschem Muster «gesäubert», die liechtensteinische Ehre wieder hergestellt werden. Seit 1932 besass Roeckle auch wieder einen liechtensteinischen Pass, im Auftrag der Gemeinde Vaduz baute er das Rathaus. Daher weilte er nun öfter im Fürstentum.

Gesinnungsfreunde im Lande hatten Roeckle im Januar 1933 angefragt, ob nicht etwas gegen die Rotter zu unternehmen sei. Roeckle hatte sich schriftlich an Rat Josef Ospelt gewandt mit der Anregung, die Rotter auszubürgern und dann auszuliefern. Auch der Gedanke, die Rotter gewaltsam wegzubringen, kam schon im Januar 1933 bei Roeckle auf. Baron Carl von Vogelsang, der zwei Jahre zuvor aus Deutschland ins Land gekommen war und sich insgeheim ebenfalls bereits zum Nationalsozialismus bekannte, beanspruchte später die Urheberschaft des Gedankens, die Rotter zu entführen, für sich; an der konkreten Planung und Ausführung des Attentats war Vogelsang nicht beteiligt.

Roeckle, Schädler, Frommelt, Rheinberger...

In den letzten Märztagen des Jahres 1933, nachdem die ausländische Pressehetze weiterging, besprach Roeckle den Entführungsplan mit Rudolf Schädler. Dieser zog wiederum Eugen Frommelt und Peter Rheinberger heran. Der 30jährige Rudolf Schädler aus Vaduz hatte nach dem Gymnasium in Feldkirch einige Zeit an der Handelshochschule St.Gallen und am Konservatorium in Basel absolviert. Ab 1930 führte er als Hotelier das hoch über Vaduz liegende Alpenkurhaus Gaflei. Zugleich komponierte und musizierte er, verstand sich als Künstler. Er war stolz auf seinen Grossvater Karl Schädler, den ersten liechtensteinischen Landtagspräsidenten. Rudolf Schädler fürchtete um die Saison. Der grösste Teil seiner Gäste waren Deutsche. Einzelne von ihnen schrieben ihm, sie kämen erst wieder, wenn die Rotter nicht mehr im Lande seien. Die völkisch-antisemitische Ausrichtung war Schädler schon eigen. Er gab sich 1933 als «überzeugter Nationalsozialist». Verwandte aus Vorarlberg stachelten ihn mit dem Vorwurf, die Liechtensteiner seien «Schlappschwänze», zur Tat an.

...und deutsche Helfer

Schädler zog den 26jährigen Eugen Frommelt, der Autofahrer, Sportler und «bekannt als Draufgänger» war, bei; er sollte als Chauffeur dienen. Frommelt, in Rankweil aufgewachsen, kaufmännisch ausgebildet, hatte 1929 in Vaduz mit seinem Bruder ein Autounternehmen gegründet, in welchem er den kaufmännischen Teil betreute. Schliesslich zogen sie den 20jährigen Studenten Peter Rheinberger, der mit Rudolf Schädler verwandt war, ins Vertrauen. Dieser studierte am Technikum in Konstanz und erhielt die Aufgabe, eine Handvoll deutscher Helfer zu organisieren.

Jetzt begann die Aktion konkret zu werden. Die vier Verschwörer heckten den Plan ins Detail aus. Parallel diskutierten sie die Gründung einer «Nationalen Bewegung» in Liechtenstein. Diese war Roeckle wichtiger als die Rotter-Entführung. Er warnte vor einem Misslingen des Attentats, falls die deutschen Helfer nicht Fachleute, am besten Kriminalbeamte, wären. Peter Rheinberger, der in Konstanz in nationalsozialistische Kreise geraten war, heuerte einen befreundeten Mitstudenten sowie vier weitere Männer an, alle aus Konstanz, zwischen 23 und 56 Jahren alt,

Die erst 1933 aufgestellte und erstmals wegen des Rotter-Überfalls eingesetzte, sieben Mann starke liechtensteinische Polizeitruppe marschiert die Herrengasse in Vaduz herab.

drei davon arbeitslos, drei auch bei der SS und SA aktiv. Sie besorgten ein Mietauto, und am 4. April, in der Nacht vor der Entführung, fuhr Rheinberger mit den fünf Konstanzern nach Gaflei. Man war mit Gaspistolen, Handschellen, Stricken und Knebelungsmaterial ausgerüstet. Am selben Abend waren Schädler und Frommelt nach Feldkirch und Lindau gefahren und hatten sich bei den österreichischen und deutschen Grenzbehörden wegen der späteren Durchfahrt mit den Rotter erkundigt. Diese wollte man dann offensichtlich direkt in Berlin abliefern.

Der misslungene Anschlag auf Gaflei

Rudolf Schädler hatte die Aufgabe, die Brüder Alfred und Fritz Rotter nach Gaflei zu locken. Er hatte sich in den Tagen zuvor im «Waldhotel» an sie herangemacht. Sie zeigten Interesse an einem Sommeraufenthalt auf Gaflei, Schädler anerbot sich, ihnen das Kurhaus zu zeigen. Am 5. April 1933 verabredete er sich mit ihnen, sie am Nachmittag nach Gaflei zu fahren. Über Mittag fuhren Schädler und Frommelt vorweg dorthin und sprachen die letzten Einzelheiten des Überfalls ab. Auf dem Weg informierten sie Roeckle, der in Masescha vor Gaflei weilte und keine aktive Rolle zu spielen hatte. Schädler holte darauf die Rotter in Vaduz ab, nämlich Alfred Schaie mit seiner Frau Gertrud und Fritz Schaie mit seiner Begleiterin Julia Wolf.

Vor dem Kurhaus Gaflei feuerten die hervorstürzenden Attentäter zwei Gasschüsse ins Autoinnere, danach versagten die Pistolen, die noch nicht betäubten Überfallenen stiegen aus, die Entführer versuchten sie mit Handschellen und Stricken zu fesseln; auch eine Injektionsspritze mit acht Morphiumphiolen lag bereit.

Doch der Anschlag misslang. Die Attentäter waren keine Profis. Die Überfallenen wehrten sich mit ihren Spazierstöcken. Im Handgemenge wurde die Scheibe des Speisesaales zerschlagen. Während Fritz Schaie festgehalten und mit einer Handschelle gefesselt wurde, konnten sich Alfred Schaie, der am Hals blutete, und seine Frau sowie Julia Wolf losreissen und, um Hilfe rufend, in Richtung Masescha davonrennen. Als sie auf dem Strässchen von weitem einen Mann sahen, glaubten sie, es sei ein weiterer Entführer, und flüchteten in Panik den Abhang Richtung Profatscheng hinunter; es lag noch Schnee, sie gerieten in steiles Gelände und stürzten schliesslich in die Erblerüfe. Alfred und Gertrud Schaie, die über einen dreissig Meter hohen Felsen abstürzten, waren tot, Julia Wolf schwer verletzt. Sie wurden am Abend von einem Suchtrupp gefunden. Die Attentäter, die nicht mit der energischen Gegenwehr der Überfallenen rechneten, hatten die drei nicht weit verfolgt, wie die Aussagen der verletzten Julia Wolf und die polizeiliche Spurenauswertung bestätigten. Dennoch kam das unzutreffende Gerücht auf und hielt sich bis heute, die Attentäter hätten die drei Abgestürzten über die Felsen hinabgestossen.

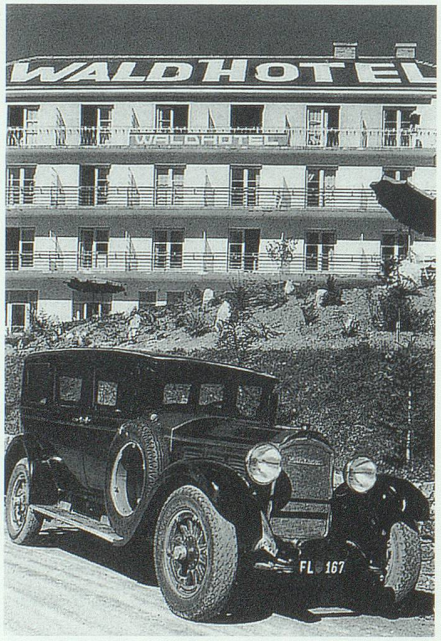
Fluchtversuch und Verhaftung

Die Attentäter auf Gaflei sahen ihr Unternehmen als gescheitert an. Peter Rheinberger und die fünf Konstanzer fuhren sofort mit dem deutschen Auto weg, um nach Deutschland zu entkommen. Eugen Frommelt, der Wache gestanden hatte, eilte zu Fuss über den Wildschlossweg nach Hause nach Vaduz. Rudolf Schädler nahm Fritz Schaie im Auto mit, um mit ihm, wie er sagte, in Vaduz die Polizei aufzusuchen. Nachdem Schädler aber Schaie, der in Masescha das Auto verlassen wollte, nicht aussteigen liess, stürzte sich dieser etwas weiter unten (beim Waldi) in einer Kurve aus dem Auto, brach sich dabei zwar den Oberarm, konnte aber von einem Haus aus die Regierung in Vaduz telefonisch benachrichtigen. Schädler fuhr darauf nach Masescha zurück und teilte Roeckle das Misslingen der Entführung mit. Aufgrund der eingeleiteten Fahndung konnten Rheinberger und die Konstanzer in Götzis in ihrem Auto angehalten und nach Feldkirch in Haft gesetzt werden. In Liechtenstein wurden am gleichen Tag Roeckle, Schädler und Frommelt verhaftet. Rheinberger wurde bald darauf auch nach Vaduz überstellt. Auf die vorerst beantragte Auslieferung der fünf Konstanzer in Feldkirch verzichtete die Regierung wieder, nachdem die deutschen Behörden – und zwar das Auswärtige Amt nach Rücksprache mit Hitler selber – sich um die Auslieferung der deutschen Mittäter nach Konstanz bemühten und eigene Strafverfolgung zusagten.

Angst vor weiteren Übergriffen

Regierung und Öffentlichkeit in Liechtenstein waren aufgeschreckt. Die Regierung scheint weitere Übergriffe und Ausschreitungen befürchtet zu haben. Sie reagierte nach verschiedenen Seiten. Mitglieder des «Heimatbundes 'Jung Liechtenstein'» wurden aufgeboten und patrouillierten nachts mit Autos. Regierungschef Hoop beorderte telefonisch am Tag nach dem Überfall die in der Bregenzer Gendarmerieschule in Ausbildung stehenden sieben liechtensteinischen Polizeianwärter nach Vaduz, wo sie sogleich vorzeitig in Dienst genommen und im Regierungsgebäude kaserniert wurden. Zwei der neuen «Schutzmänner» hatten in den ersten Tagen das «Waldhotel» rund um die Uhr zu bewachen, da die verängstigten Fritz Schaie und Julia Wolf einen neuen Überfall fürchteten. Der Presse teilte die liechtensteinische Regierung zwei Tage nach dem Überfall die Genugtuung über die im In- und Ausland ausgedrückte Missbilligung der «unmenschlichen Tat» mit. Die Regierung bat die erregte Bevölkerung, «Ruhe zu bewahren» und ersuchte die Presse, der «Würde des Landes» entsprechend zurückhaltend zu reagieren; die Regierung werde «mit den schärfsten Massnahmen jedes die Interessen des Landes schädigende Verhalten ahnden». Die Regierung musste nicht nur eine Ausschlachtung der Affäre durch die Opposition befürchten, sondern auch ein Wiederaufleben der ausländischen Kampagne gegen Liechtenstein feststellen, zum Schaden der Landeseinkünfte. Regierungschef Hoop sandte der ausländischen Presse Berichtigungen und Repliken.

Das 1931/32 erbaute Waldhotel in Vaduz, wo die Brüder Alfred und Fritz Schaie ab Januar 1933 logierten.



Protest auf diplomatischem Weg, nach aussen aber Schonung

Zugleich schonte die Regierung nach aussen das neue deutsche Regime, indem sie der Presse rasch mitteilen liess, die erste Untersuchung habe ergeben, dass das Komplott nicht von deutschen Nationalsozialisten ausgegangen sei – was zumindest in dieser Formulierung zutraf. Auf dem diplomatischen Weg über das Eidgenössische Politische Departement allerdings sandte die Regierung am 9. April eine dringliche, erstaunlich scharfe Note an die deutsche Reichsregierung, worin sie sich gegen den «Lügenfeldzug», den zahlreiche deutsche Blätter gegen Liechtenstein führten und welcher durch die «verbrecherische Entführung» der Brüder Rotter neu auflebte, wehrte. Sie ersuchte die deutsche Regierung, in direktem Kontakt alle zwischenstaatlichen Fragen zu klären, in Vaduz oder in Berlin. Das Auswärtige Amt drückte vorerst sein «Bedauern» darüber aus, dass Deutsche «in die Angelegenheit verwickelt» waren, liess indessen der liechtensteinischen Regierung am 19. Mai 1933 mitteilen, dass der preussische Justizminister «nach wie vor grossen Wert» auf eine Auslieferung des Fritz Schaie zur Strafverfolgung lege, eine solche könne nicht in Liechtenstein, sondern nur in Berlin erfolgen; angeregt wurde dabei, die liechtensteinische Regierung solle die Einbürgerung Schaies rückgängig machen. Dies lehnte die liechtensteinische Regierung in ihrer Antwort ab, da die Einbürgerung rechtens erfolgt war; die deutschen Behörden könnten Strafantrag gegen Schaie beim liechtensteinischen Landgericht stellen; allerdings wies die Regierung darauf hin, dass Fritz Schaie zu unbekanntem Aufenthalt ins Ausland abgereist war. Die liechtensteinische Regierung blieb beim rechtsstaatlichen Standpunkt. Sie hatte sich übrigens bei den schweizerischen Behörden um die Ermöglichung einer Ausreise für Fritz Schaie, der um sein Leben fürchtete, in ein süd- oder westeuropäisches Land bemüht. Fritz Schaie hatte das Land am 18. Mai verlassen. Dass die Ermittlungen des preussischen Justizministeriums in Berlin wegen Betrugs gegen die Rotter praktisch ergebnislos verliefen, wurde übrigens in der Folge kaum zur Kenntnis genommen. Jene von der liechtensteinischen Regierung erbetene klärende Aussprache mit deutschen Regierungsvertretern fand dann im Oktober 1933 statt [...].[5]

«Gänzlich unpolitische Behandlung des Falles»

Zurück zum Schauplatz im Lande. Die Verschwörer hatten sich den Ausgang anders vorgestellt. Sie erwarteten, bei gelungener Entführung als «nationale» Helden gefeiert zu werden, statt dessen hatten sie den Tod von zwei Menschen verschuldet und warteten auf den Kriminalprozess, der Liechtenstein nochmals ins internationale Scheinwerferlicht zog. Die Holdinggesellschaften und die Neubürger waren beunruhigt. Die Regierung wünschte im Prozess «eine peinlich objektive», zugleich «gänzlich unpolitische Behandlung des Falles», weshalb sie einen erfahrenen schweizerischen Spezialisten, Dr. Josef Lenzlinger aus St.Gallen, zum ausserordentlichen Staatsanwalt bestellte. Er hatte diese Funktion bereits im Sparkassa-Strafprozess wahrgenommen. Lenzlinger selber charakterisierte nachträglich gegenüber Hoop den Rotter-Prozess als «besonders politisch ausserordentlich delikaten Fall, von dessen Behandlungsart für Ihr Land soviel abhing, weil eine Welt zuhorchte durch ihre Presseorgane».

Zur öffentlichen Schlussverhandlung des Rotter-Prozesses, welche sich am 7. und 8. Juni 1933 über zwei Tage hinzog, erschienen zahlreiche internationale Pressevertreter, darunter der Pressechef des «Völkischen Beobachters» aus München. Eine Verlegung in den grösseren Landtagssaal lehnte der Landtag ab, da es, wie Landtagspräsident Frommelt sagte, kein Schade sei, «wenn nicht jeder die Verhandlungen mithören kann». Regierungschef Hoop hatte sich einige Tage vor dem Prozess auch mit Rechtsanwalt Wladimir Rosenbaum aus Zürich, der mit Dr. Ludwig Marxer zusammen die Rotter als Zivilpartei vertrat, besprochen.

Der Verlauf der öffentlichen Verhandlung war bezeichnend. Die materiellen Vorgänge wurden im Detail geschildert. Die politischen Hintergründe, NS-Ideologie, Zugehörigkeiten zu NSDAP und SA, Antisemitismus und Anti-Rotter-Kampagne wurden kaum oder nur indirekt angesprochen; in der Anklageschrift wurde nur umschreibend – und zugleich entlastend – auf-

Wandschreibereien am Gefängnis der Rotter-Attentäter in Vaduz im Jahr 1933.

geführt, dass die Tatmotive fast ausschliesslich politischer Art waren und «dass eine starke Beeinflussung durch Erscheinungen und Ideengänge der Gegenwart vorhanden war». Die Angeklagten beteuerten, sie fühlten sich keiner Schuld bewusst, indem sie die Rotter in Deutschland der Justiz zuführen wollten. Über den von ihnen nicht gewollten Tod der zwei Verunglückten drückten sie zum Schluss Bedauern aus. Die Verteidiger beantragten Freispruch, andernfalls ausserordentliches Milderungsrecht und milde, bedingte Strafe.

Dinge beim Namen nennen...

Der Zürcher Anwalt Rosenbaum aber hatte ein umfangreiches Plädoyer vorbereitet. Darin wollte er die Dinge gerade im öffentlichen Tribunal beim Namen nennen, nämlich die nationalsozialistischen Lügen über den Konkurs der Rotter in Berlin, den Antisemitismus als wahres Tatmotiv – selber Jude, wollte Rosenbaum es wagen, vor der Welt «einen Juden Jude zu nennen und einen Nationalsozialisten als Nationalsozialisten zu bezeichnen» und «die Tragödie jüdischer Männer und Frauen ... als Opfer nationalsozialistischer Verhetzung», als Opfer des «Judenhasses», blosszulegen. Der unerschrockene Anwalt wollte zum Schluss auf die Morde an Rathenau und Erzberger, auf das Zitat von Reichsminister Goebbels – «Das Zeitalter der Humanität ist zu Ende» – und schliesslich auf die in den Reden Hitlers immer wiederkehrenden Begriffe «Ausrotten» und «Vernichten» hinweisen.

...das Wort entzogen

Doch kaum hatte Rosenbaum sein Plädoyer begonnen und begründet, warum er länger ausholen müsse, so entzog ihm der Gerichtsvorsitzende das Wort; dieses könne ihm für die beabsichtigten Ausführungen nicht gewährt werden. Auch Dr. Ludwig Marxer erreichte nicht, dass Rosenbaum hätte weiterreden dürfen. Die mutigen und heute prophetisch klingenden Worte Rosenbaums – der auch im Namen Dr. Ludwig Marxers sprach – waren, wie Peter Kamber richtig feststellt, «nicht opportun». Sie hätten mit einiger Wahrscheinlichkeit in der Presse des Reiches einen neuen Sturm entfacht und die Beziehungen zwischen der liechtensteinischen Regierung und dem Hitler-Regime, die noch der Klärung harrten, weiter belastet.

«Vaterländische Motive»

Das liechtensteinische Kriminalgericht – gegen welches Drohungen eingingen – konnte am 8. Juli gegen 23 Uhr nachts zur Urteilsverkündung schreiten. Die vier Angeklagten wurden des Verbrechens des versuchten Menschenraubs schuldig gesprochen und zu unbedingten Kerkerstrafen verurteilt, nämlich Schädler zu einem Jahr, Rheinberger zu neun Monaten, Frommelt zu fünf und Roeckle zu vier Monaten. Das Gericht hatte dabei vom ausserordentlichen Milderungsrecht nach Strafgesetzbuch § 54 Gebrauch gemacht; es war anwendbar, wenn mehrere Milderungsgründe vorlagen und Besserung der Verurteilten zu erwarten stand. Solche Milderungsgründe sah das Gericht im guten Leumund, im Geständnis, in «vaterländischen Motiven» sowie im Umstand gegeben, dass die Tat «unter der Einwirkung der grossen gegenwärtigen Zeitströmungen und Ideengänge besonders in Deutschland begangen wurde». Ohne die ausserordentliche Milderung hätte das Gericht das vorgesehene Strafmass, das zwischen 1¼ und 5 Jahren Kerker lag, anwenden müssen. Immerhin verweigerte das Gericht den bedingten Strafvollzug. In Konstanz wurden im Sommer die fünf dortigen Mitbeteiligten ebenfalls angeklagt und vier von ihnen zu Haftstrafen von drei Monaten verurteilt, der Chauffeur wurde freigesprochen.

Angehörige und Freunde der liechtensteinischen Angeklagten hatten noch vor der Verurteilung im ganzen Lande eine Unterschriftenaktion zugunsten einer Begnadigung der vier Liechtensteiner durch den Fürsten lanciert. Sie ergab die erstaunliche Zahl von über 700 Unterschriften. Das Obergericht lehnte indes Gnadengesuche im August ab. Das 'Liechtensteiner Volksblatt' als Regierungsblatt verurteilte die Tat der Rotter-Entführer und den «Nimbus vom Heldentum der Attentäter». Demgegenüber gaben die oppositionellen 'Liechtensteiner Nachrichten' immer wieder Einsendungen Raum, in denen Verständnis für die Motive der Täter gezeigt wurde, etwa wenn es hiess, die Urteile seien zu hart, eine unparteiische Kommission sollte die Rotter-Affäre untersuchen, man sei der «Rotterei» überdrüssig: «Hinaus zum Lande mit solchen Neubürgern, die haben hier nichts zu suchen!» Roeckle und Frommelt verbüssten ihre kürzeren Strafen ganz. Dass im Sommer Rheinberger und Schädler einen Monat Haftunterbrechung erhielten, rief in der Öffentlichkeit Proteste hervor. Im November schliesslich begnadigte der Fürst auf Antrag des Obergerichts den jugendlichen Rheinberger nach Verbüssung von zwei Dritteln der Strafe, und das Obergericht entliess zugleich Rudolf Schädler bedingt auf Probezeit, er hatte gut die Hälfte seiner Strafe verbüsst. Man ging damit auf Wünsche der deutschen Reichsregierung ein.

5 In Band 2, S. 52ff. geht der Autor unter «Verhältnis zum Dritten Reich vor 1938» eingehend auf diese Aussprache und die aussenpolitischen Weiterungen der Rotter-Affäre ein.

Bilder

Aus Band 1 des besprochenen Werkes.